

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

16. WP - 20. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. August 2006, 14 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen in der Lehrerbildung</b>	<b>5</b>
Gespräch mit Prorektor Udo Mittrowann, Universität Flensburg, und Prorektor Prof. Dr. Fouquet, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	
<b>b) Umstrukturierung des Studienfachs „Heimat und Sachkunde“ für Grundschullehrer im Zuge der Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master</b>	
<b>2. a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften“</b>	<b>7</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/863	
<b>b) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/864	
<b>c) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/865	
<b>3. Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Multimedia Campus Kiel</b>	<b>8</b>
<b>4. Protonentherapiezentrum in Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/717	
<b>5. Pflegewissenschaft und -forschung in Schleswig-Holstein</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/780 2. Absatz	
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/804	
<b>6. Einführung des Faches Wirtschaft und Politik in der Sekundarstufe I</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/852	

<b>7. Konfliktprävention und Bildungschancen an Schulen</b>	<b>12</b>
a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/728 Nr. 2 und 3	
b) Mündlicher Bericht der Landesregierung	
<b>8. Bericht der Bildungsministerin über die Neueinstellung von Lehrkräften und Lehrkräften in Ausbildung zum Schuljahr 2006/2007</b>	<b>13</b>
<b>9. Vorfahrt für Kinder – Kostenlose Kinderbetreuung umsetzen</b>	<b>14</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/828	
<b>10. Familienpolitik hat in Schleswig-Holstein hohe Priorität Familienverträglichkeitsprüfung in Schleswig-Holstein</b>	<b>14</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/771	
<b>11. Parlamentsforum Südliche Ostsee</b>	<b>15</b>
Mündlicher Bericht des Landtagspräsidenten	
<b>12. Petition L143-16/386 Gesundheitswesen; Pflegestudium</b>	<b>16</b>
Schreiben des Petitionsausschusses vom 29. Juni 2006 interner Umdruck 16/988	
<b>13. Terminplanung für die Beratungen des Schulgesetzes, Hochschulgesetzes und UK S-H-Gutachtens</b>	<b>17</b>

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen in der Lehrerbildung**

Gespräch mit Prorektor Udo Mittrowann, Universität Flensburg, und Prorektor Prof. Dr. Fouquet, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

**b) Umstrukturierung des Studienfachs „Heimat und Sachkunde“ für Grundschullehrer im Zuge der Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master**

Umdrucke 16/753, 16/1124, 16/1125

Herr Mittrowann, Prorektor der Universität Flensburg, stellt dem Bildungsausschuss das Modell der Lehrerbildung an der Universität Flensburg, Umdruck 16/1124, vor, Prof. Dr. Fouquet die Studienstrukturreform an der CAU, Umdruck 16/1125.

Herr Mittrowann begründet die Entscheidung, das Fach Heimat- und Sachunterricht nicht im Bachelorbereich aufzunehmen, mit der gebotenen Polyvalenz der Studiengänge und der fehlenden Sekundarstufenfähigkeit des Faches HSU, das die Fachdisziplinen Biologie, Physik, Chemie, Erdkunde, Geschichte, Wirtschaft und Politik beinhalte. Es sei sichergestellt, dass die im System befindlichen HSU-Studierenden ihr Studium spätestens bis zum Wintersemester 2008/2009 abschließen könnten. Danach werde das Fach HSU nur noch im Masterstudiengang angeboten.

Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt Prof. Dr. Fouquet mit, gegenüber der POL I verzeichneten die Fachwissenschaften eine moderate Steigerung, die Fachdidaktiken und die Pädagogik seien deutlich angestiegen; insgesamt seien drei Praktika vorgesehen. Bei der Anrechnung von Leistungspunkten von Studierenden anderer Universitäten sei angesichts unterschiedlicher Curricula in den einzelnen Fächern eine einzelfallbezogene qualitative Betrachtung angezeigt. Man versuche, die Möglichkeiten der Fächerkombinationen in bisherigem Umfang zu erhalten.

Herr Mittrowann führt aus, auch zukünftig würden in Schleswig-Holstein HSU-Lehrkräfte ausgebildet, dies sei aber dem Masterstudiengang und den noch zu definierenden Zulassungsbedingungen vorbehalten, der aber noch nicht geplant sei. Die Anforderungen der POL I seien bei der Umstrukturierung des Lehramtsstudiums 1:1 umgesetzt worden, die Anteile von Fachwissenschaft und Fachdidaktik blieben unverändert, die Praxisanteile würden leicht erhöht. An anderen Hochschulen erworbene Leistungsnachweise würden anerkannt, bestimmte Credits müssten gegebenenfalls nachgearbeitet werden. Für das Berufsschullehramt sei zukünftig nur noch ein Masterstudium geplant.

St de Jager stellt klar, dass die Realschullehrerausbildung in Flensburg konzentriert werde. Zu den Vorgaben der Kultusministerkonferenz für die Realschullehrerausbildung und die Anerkennung der schleswig-holsteinischen Realschullehrerausbildung nach dem Jahr 2010 (sogenannte Quedlinburger Beschlüsse vom Juli 2005) würden Wissenschafts- und Bildungsministerium bei der Kultusministerkonferenz noch einmal einen Vorstoß unternehmen. Über die Strukturvorschläge der Landesregierung zur Einführung von Bachelor- und Masterstrukturen im Bereich der Lehramtsstudien in Schleswig-Holstein - damit greift er eine Frage von Abg. Dr. Klug auf - sei der Bildungsausschuss mit Umdruck 15/4708 informiert worden. Zu Veränderungen bei der Berufsschullehrerausbildung gebe es keine Überlegungen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften“**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/863

**b) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/864

**c) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/865

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss; Verfahrensfragen)

Der Bildungsausschuss beschließt, ver.di, Beamtenbund, Leibniz Gemeinschaft, Rektorat der CAU sowie Leitung, Personalrat und Gleichstellungsbeauftragte der drei betroffenen Einrichtungen bis zum 22. September um schriftliche Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung zu bitten. Außerdem behält sich der Ausschuss vor, die Betroffenen bei der Gesetzesberatung im Ausschuss am 5. Oktober 2006 mündlich zu befragen.

Abg. Herbst erwartet, dass die Anzuhörenden eigene Vorschläge zur Flexibilisierung unterhalb der Gesetzesebene einbringen und der Bildungsausschuss in die Verhandlungen mit Hamburg über den Konsortialvertrag zur Eingliederung des Informationsbereichs des HWWA in die ZBW eingebunden werde.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Multimedia Campus Kiel**

(auf Antrag von Abg. Dr. Klug [FDP-Fraktion])

St de Jager berichtet über die Entwicklung des Multimedia Campus Kiel, Umdruck 16/1058.

Abg. Dr. Klug möchte wissen, welche öffentlichen Gelder für welche Zwecke in den letzten Jahren an den Multimedia Campus geflossen seien und wie viele Absolventen der Multimedia Campus im Laufe seiner Existenz hervorgebracht habe. - St de Jager sagt eine schriftliche Beantwortung zu.



Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Protonentherapiezentrum in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/717

(überwiesen am 5. Mai 2006 an den Bildungsausschuss, den Sozialausschuss  
und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Eine Frage von Abg. Birk beantwortet St de Jager dahin, das UK S-H, dessen Gewährträger das Land sei, werde eine Betriebsgesellschaft gründen. Das maximale finanzielle Risiko bestehe darin, dass Mietzahlungen unterblieben oder nicht genügend Patienten behandelt würden. Auf Fragen der Abg. Spoorendonk und Dr. Klug teilt er mit, in Hamburg werde kein Protonentherapiezentrum errichtet. Skandinavische Partner würden sich an Patientenströmen in Kiel beteiligen. Die Verhandlungen mit den Krankenkassen über die Vergütungshöhe seien noch nicht abgeschlossen.

Der Bildungsausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Pflegewissenschaft und -forschung in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/780 2. Absatz

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/804

(überwiesen am 31. Mai 2006 an den Bildungsausschuss und den Sozialaus-  
schuss)

In alternativer Abstimmung stimmen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/780, CDU und SPD für den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 16/804. Damit empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag vorbehaltlich des Votums des an der Beratung beteiligten Sozialausschusses, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen und den Antrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Einführung des Faches Wirtschaft und Politik in der Sekundarstufe I**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/852

(überwiesen am 29. Juni 2006; Verfahrensfragen)

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über den Antrag zurück, bis ein Konzept des Bildungsministeriums zur Einführung von WiPo in der Sekundarstufe I im Rahmen der Kontingenzstundentafel vorliegt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Konfliktprävention und Bildungschancen an Schulen**

- a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/728 Nr. 2 und 3

(überwiesen am 3. Mai 2006)

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Umdruck 16/1105

- b) Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 3. Mai 2006 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 16/871 und Niederschrift über die 17. Sitzung am 8. Juni  
2006

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/728, in der Fassung des Antrages der Koalitionsfraktionen, Umdruck 16/1105, anzunehmen. Den mündlichen Bericht der Landesregierung nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Bericht der Bildungsministerin über die Neueinstellung von Lehrkräften  
und Lehrkräften in Ausbildung zum Schuljahr 2006/2007**

(auf Antrag von Abg. Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

M Erdsiek-Rave berichtet, zum neuen Schuljahr hätten sich 864 Nachwuchskräfte auf 565 Anwärterstellen beworben. Man habe alle Lehrerstellen zum neuen Schuljahr besetzen können.

Abg. Birk hält es für problematisch, wenn Lehrkräfte länger als ein Jahr auf befristeten Stellen beschäftigt seien.

M Erdsiek-Rave erwidert, die Einstellung von Lehrkräften sei von vielerlei Faktoren abhängig. Einen Anspruch auf Festanstellung gebe es nicht. Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug teilt sie mit, dass sich die Einstellungssituation im Sonderschulbereich aufgrund der relativ jungen Altersstruktur und wenig frei werdender Stellen nicht so positiv darstelle wie in anderen Laufbahnen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Vorfahrt für Kinder – Kostenlose Kinderbetreuung umsetzen**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/828

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Familienpolitik hat in Schleswig-Holstein hohe Priorität  
Familienverträglichkeitsprüfung in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/771

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss beide Berichte der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Parlamentsforum Südliche Ostsee**

Mündlicher Bericht des Landtagspräsidenten

(überwiesen am 28. Juni 2006 an den Europaausschuss, den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet darum, den Bildungsausschuss zukünftig in die Gestaltung des Hospitationsprogramms einzubinden.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Petition L143-16/386**  
**Gesundheitswesen; Pflegestudium**

Schreiben des Petitionsausschusses vom 29. Juni 2006  
interner Umdruck 16/988

Der Ausschuss stellt die Beratung über die Petition bis zur Vorlage des von der Landesregierung mit Drucksache 16/804 angeforderten Berichts zurück.



Punkt 13 der Tagesordnung:

**Terminplanung für die Beratungen des Schulgesetzes, Hochschulgesetzes und UK S-H-Gutachtens**

- a) Bildungsausschuss und Wissenschaftsministerium verständigen sich darauf, dass M Austermann in einer gemeinsamen Sitzung des Bildungsausschusses, Finanzausschusses und Wirtschaftsausschusses das Gutachten zu Möglichkeiten von Teilprivatisierungen und Public Private Partnership am **Universitätsklinikum Schleswig-Holstein** vorstellt.

Mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zwei Mitgliedern der CDU bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der CDU nimmt der Bildungsausschuss die Anregung von Abg. Dr. Klug an, zu dieser Sitzung auch den Vorstand des UK S-H einzuladen und gegebenenfalls zu befragen.

- b) Der Ausschuss beschließt einen **neuen Terminplan** für die Sitzungen im 2. Halbjahr, Umdruck 16/1114.

Die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer